D-1-001

Dringlichkeitsantrag

Landesdelegiertenversammlung und Wahlversammlung am 10. & 11. Mai 2025 in Idar-Oberstein

Initiator*innen:	Helga Guthmann (KV Rhein-Pfalz)
Verfahrensvorschlag:	Zurückgezogen
Titel:	**D-1-001: Dringlichkeitsantrag zur Einstufung der AfD als „gesichert rechtsradikal“**

Antragstext

Von Zeile 1 bis 12 löschen:

~~Das vorgelegte Gutachten und die Reaktion der Innenministerin der bisherigen Regierung verstärkt die Diskussion um ein Verbot der AfD und bekräftigt Forderungen, gegen die AfD schnellstmöglich aktiv vorzugehen. U.a. wird eine Einstellung der „Parteienfinanzierung“ (Zahlung von Gelder aus dem Bundeshaushalt zur Unterstützung der Parteiarbeit an die einzelnen Partei, in Abhängigkeit von den jeweiligen Wahlergebnissen) gefordert. Die Forderungen nach einem Verbot, aber auch die Kappung der Parteienfinanzierung, sind nicht einfach umzusetzen, da sie seitens der AfD mit Sicherheit beklagt werden und vermutlich mehrjährige Prozesse nach sich ziehen, bevor sie rechtskräftig werden. In dieser Zeit werden die führenden Kräfte der AfD die „Opferrolle“ beteuern, das Vorgehen als „undemokratisch“ diffamieren und dabei vermutlich dieses Handeln und die Argumentation in weitere Wahlerfolge umsetzen können.~~

Begründung

Reduzierung des Antrags auf das Wesentliche und Wichtige. Zu diesem Änderungsantrag gehören noch 2 weitere Änderungsanträge. Leider muss aus technischen Gründen pro Absatz ein extra Änderungsantrag gestellt werden.